Facharbeit im Leistungskurs Geschichte

Fritz-Winter-Gesamtschule Ahlen

Inwiefern wehrten sich einzelne Personen der Zivilbevölkerung gegen die faschistische Diktatur Adolf Hitlers?

Eine Aufarbeitung des Widerstands meines Urgroßvaters Arnold Strunz.

Jaimoe Matheja

Geschichte Leistungskurs 12

Frau Helbeck

Inhaltsverzeichnis

Inhalt	**Seite**
Einleitung	-1-
Oelde vor der Machtübernahme Adolf Hitlers	-2-
Oelde nach der Machtübernahme Adolf Hitlers	-3-
Gegenwehr des Arnold Strunz	-4-
Ausblick- Wiedergutmachungsprozesse	-7-
Fazit	-8-
Quellenverzeichnis/ Literaturverzeichnis	-10-
Anhang	-12-

Einleitung

Auf die Idee, die Thematik „Gegenwehr im Nationalsozialismus“ als Thema der Facharbeit zu wählen, bin ich durch meine Familie gekommen, denn mein Urgroßvater Arnold Strunz zeichnete sich selbst durch eine Aktion gegen die regionale Nazi-Politik aus.

Da einzelne Fakten oder Informationen zu der Gegenwehr des Arnold Strunz in meiner Familie nicht bekannt waren (z.B. das genaue Datum der Tat), bot es sich an, diese einmalige Chance zu ergreifen und meinen eigenen kleinen Teil zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus in Form der Auswertung von uns noch unbekannten Informationen über Arnold Strunz beizutragen. Die einzigen bekannten innerfamiliären Informationen waren, dass Arnold Strunz eine Gegenwehr im religiösen Rahmen ausgeübt hatte und inhaftiert wurde.

In der Arbeit stelle ich nicht nur die mutige Aktion des Arnold Strunz vor, sondern möchte außerdem betonen, dass die, die sich, im Gegensatz zu Menschen wie Arnold Strunz, nicht gegen den Nationalsozialismus positionierten und später ihre Unschuld beteuerten, auch einen Teil zum nationalen Erfolg der Nationalsozialisten beigetragen haben.

Zu Beginn meiner Recherche hatte ich große Zweifel an der Fertigstellung dieser Arbeit, denn die Informationssuche stellte sich als schwer heraus: Sowohl die Recherche in der Stadtbücherei Oelde, als auch die durch ein falsches Datum zustande gekommene zunächst nicht erfolgreiche Recherche im Archiv der Zeitung „Die Glocke“ hemmten meine Motivation. Mit dem Fund der Wiedergutmachungsakte von Arnold Strunz im Landesarchiv Münster hatte ich allerdings auf einen Schlag viele wichtige historische Dokumente zusammen, die ich für meine Arbeit benötigte.

Längst bin ich nicht allen Ansätzen zur Informationsbeschaffung über Arnold Strunz‘ Gegenwehr gefolgt, denn die Auswertungen der Dokumente der Wiedergutmachungsakte stellten sich als genug Material für eine Arbeit diesen Umfangs heraus. Mögliche weitere Einrichtungen zur Beschaffung von Material wären u.a. das Kreisarchiv Warendorf, Villa ten Hompel in Münster oder das LWL Archiv gewesen.

Oelde vor der Machtübernahme Adolf Hitlers

Da die Person Arnold Strunz, mit der ich mich beschäftige, bereits vor 1933 in der Gemeinde Oelde wohnhaft war, werde ich zunächst die Struktur dieser skizzieren, um das Umfeld von Arnold Strunz dahingehend zu untersuchen, ob dieses Einfluss auf dessen Gegenwehr besaß.

Die Gemeinde Oelde war auf Grund ihres eher ländlich gelegenen Standorts eine von der Kirche[1] geprägte Stadt im „Herzen Westfalens". Trotz der ländlichen Lage besaß Oelde für einen Ort dieser Größe keine schlechten Standortfaktoren für die Wirtschaft: Der Bahnhof und der Güterbahnhof, welche an der Eisenbahnstrecke lagen, die von Minden über das Ruhrgebiet nach Köln reichte, verliehen der Gemeinde gute wirtschaftliche Bedingungen für Industrie und Handel.

Politisch gesehen war Oelde, wie auch die meisten anderen westfälischen Gemeinden, wegen seiner starken katholischen Prägung, eine Hochburg der Zentrumspartei[2], was sich auch im Alltag erkennen ließ: Zum Beispiel war der Spitzenkandidat und Stadtvorsteher des „Zentrum" in Oelde, Joseph Holterdorf, gleichzeitig der Publizist der lokal bedeutenden Tageszeitung „Die Glocke"[3], dies war ein entscheidender Vorteil der Partei gegenüber ihren Gegnern. So erreichte die Zentrumspartei in Oelde bei der Reichstagswahl am 6.11.1932 einen Anteil von 63,56% der Stimmen, was zugleich eine harte politische Niederlage für die damals in gesamt Deutschland aufstrebende „Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei" (NSDAP) in Oelde bedeutete, denn diese erzielte lediglich einen Stimmenanteil von 6,23% in Oelde. Somit war Oelde als Teil des Wahlkreises 17 (Westfalen Nord) mit am dritt-niedrigsten Wahlergebnis der „NSDAP" in Deutschland beteiligt[4].

Zugleich bedeutete das Wahlergebnis der „NSDAP" auch eine Niederlage gegen den direkten politischen Gegner: Selbst die „Kommunistische Partei Deutschlands" (KPD) erzielte für das eher bürgerliche Oelde mit 14,5% ein gutes Ergebnis.

---

[1] Gerste, S. 229
[2] Gerste, S. 229
[3] Gerste, S. 230
[4] Gerste, S. 235

Auf Basis dieser Umstände lässt sich also bereits vermuten, dass nach der noch kommenden Machtübernahme Adolf Hitlers die Chancen einer Gegenwehr einzelner Bürger oder Gruppierungen bestehen, da der Einfluss des Katholizismus, der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung in Oelde noch von größerer Bedeutung ist, als der Einfluss der NSDAP.

Oelde nach der Machtübernahme Adolf Hitlers

Ich habe also bereits festgestellt, dass das Potenzial einer Gegenwehr gegenüber dem faschistischen Regime in Oelde durchaus besteht. Im Folgenden werde ich das politische und gesellschaftliche Klima in Oelde nach der Reichskanzlerernennung Adolf Hitlers durch Paul von Hindenburg am 30.01.1933 skizzieren, um herauszuarbeiten, ob sich dieses Potential der Gegenwehr im Angesicht der Machtübernahme der „NSDAP“ wandelt.

Durch die Ernennung Hitlers als Reichskanzler wird die Nationalsozialistische Politik nicht nur gesellschaftlich anerkannt, sondern sie verliert auch dahingehend in den Augen der Bürger an Radikalität, als dass diese nun die regierende Partei bildet[5]. Hinzu kommt der Punkt, dass Hitler auf demokratischem Wege diese Position erreicht hat, und gerade die Ernennung durch Hindenburg, einem in der Bevölkerung sehr beliebten Konservativen, dazu geeignet ist, die Akzeptanz der bürgerlich-konservativen Bürger hervorzurufen.

Am Beispiel Oelde wird das daran deutlich, dass „Die Glocke“ als christlich-konservative Zeitung nach der Ernennung Hitlers anfing, auf Veranstaltungen und Treffen des aus Ennigerloh geleiteten „NSDAP“ Ortsverein Oelde hinzuweisen.[6] Dies gab den Nationalsozialisten den nötigen Raum, die eher bürgerlichen Oelder für ihre Propaganda empfänglich zu machen.

Zu diesem Punkt kommt hinzu, dass die politischen Aktionen der „KPD“ und „SPD“, die seit dem Reichstagsbrand am 27.03.1933 unter Verfolgung, Zensur und Unterdrückung litten[7], ausblieben. So konnte die „NSDAP“ einen enormen Stimmenzuwachs bei der Wahl vom 05.03.1933, im Vergleich zur Wahl vom 06.11.1932, in Oelde verbuchen. Mit 20,14% wurde die „NSDAP“ zwar erneut vom „Zentrum“ (58,77%) geschlagen, konnte

[5] Gerste, S. 233
[6] Gerste, S. 233
[7] Hofer, S. 43

aber sowohl die „KPD“ mit 5,2% als auch die „SPD“ mit 9,94% deutlich hinter sich lassen[8].

Vor allem durch Aktionen wie etwa den Fackelzug durch Oelde am 21.03.1933[9], welcher auf den Tag der Reichstagseröffnung durch Bismarck fiel, und zum Anlass den später als „Tag von Potsdam“[10] bekannten Tag der Einsetzung des neuen Reichstags hatte, fasste die „NSDAP“ in der Gemeinde Oelde Fuß. Zusätzlich blieb die eigentlich geplante Verurteilung des Nationalsozialismus durch die katholische Kirche auf der Bischofkonferenz am 28.03.1933 aus[11], welche mit großer Wahrscheinlichkeit keinen geringen Einfluss auf die im Wesentlichen katholischen Oelder gehabt hätte.

Durch die somit ausbleibende Kritik und die immer stärker werdende nationalsozialistische Propaganda erreichte die „NSDAP“ in Oelde die gesellschaftliche Akzeptanz durch die örtliche Bevölkerung. Das bedeutet, dass eine Gegenwehr gegenüber dem faschistischen Regime Hitlers im lokalen Rahmen zwar immer noch vorstellbar ist, aber unwahrscheinlicher wird, da das mit einer Gegenwehr einhergehende Risiko mit zunehmender Macht der Nationalsozialisten steigt, und dieses immer seltener eingegangen wird.

Menschen, die eine Gegenwehr ausüben würden, werden also nach dem Wahlergebnis zu schließen, zahlenmäßig weniger. Außerdem ist die Denunziation einer Gegenwehr zu befürchten, wenn man wissen konnte, dass die Zahl der Unterstützer der NSDAP anstieg.

Gegenwehr des Arnold Strunz

Nach der nun erfolgten Analyse der gesellschaftlichen Situation in Oelde, in deren Fazit ich erkannt habe, dass eine Gegenwehr gegenüber dem faschistischen Regime auf lokaler Ebene nur im kleineren Rahmen möglich ist, werde ich mich nun dem Fallbeispiel der Gegenwehr meines Urgroßvaters Arnold Strunz zuwenden.

Arnold Strunz war ein aktiver religiöser Mensch: Nicht nur sein katholischer Glaube, sondern vor allem seine Aktivitäten in unterschiedlichen christlichen Vereinen, wie etwa seine

[8] Gerste, S. 235
[9] Gerste, S. 237
[10] http://www.politische-bildung-brandenburg.de/node/9148
[11] Gerste, S. 237

Tätigkeit als Ortsvorsitzender in dem christlichen Metallarbeiterverband Oelde oder sein Engagement als Stadtvertreter der christlichen Gewerkschaften in Oelde bezeugen dieses[12]. Sein vom Nationalsozialismus unbeirrter religiöser Glaube führte nicht nur zu seiner Beurlaubung vom Posten im Arbeitsamt Ahlen am 30. Juni 1933[13], sondern distanzierte ihn auch vom damaligen Zeitgeist.

Was letztendlich zu seiner Unterschriftenaktion zum Erhalt des Feiertags Peter und Paul am 28. Juni 1939 in Oelde führte[14], kann nur vermutet werden. Wahrscheinlich ist aber, dass Arnold Strunz aus einem Zeitungsartikel folgendes erfuhr: „Peter und Paul kein Feiertag für die gewerbliche Wirtschaft: Die Industrie-, und Handelskammer Münster macht in Erledigung zahlreicher Anfragen darauf aufmerksam, daß Peter und Paul kein gesetzlicher Feiertag ist und daß infolgedessen in allen Betrieben von Groß- und Einzelhandel wie an sonstigen Wochentagen gearbeitet wird“.[15]

Da Oelde zum Einflussgebiet des Bistums Münster gehört, war der Feiertag Peter und Paul dort noch von Bedeutung, weil der Apostel Paulus Münsters Bistumspatron darstellt, und der Feiertag somit einen Anlass zu Feierlichkeiten gab.[16] Zwar war der Namenstag des Paulus, wie in der Meldung der Handelskammer Münster bereits genannt, kein gesetzlicher Feiertag, doch wegen der regionalen Bedeutung wurde vermutlich an diesem Tag traditionell entweder nicht gearbeitet oder zumindest die Gelegenheit zum Besuch einer Messe gegeben.

Die Meldung der Handelskammer Münster scheint ein Initiator für die Gegenwehr Arnold Strunz‘ gewesen zu sein: Nur zwei Tage nach der Bekanntmachung, am 28. Juni 1939, wollte er sich gegen diese Meldung widersetzen. An seinem Arbeitsplatz, der Westfalia Separator AG, einem größeren Betrieb der kriegswichtigen Metallindustrie, führte er eine Unterschriftenaktion durch, um gegen das Verbot eines Kirchgangs am Feiertag Peter und Paul, infolgedessen er für einige Stunden nicht hätte arbeiten können, vorzugehen.

Mit dieser Aktion setzte sich Arnold Strunz bewusst über die regionale Politik der Nationalsozialisten hinweg und brachte nicht nur seine Treue zur katholischen Kirche zum Ausdruck, sondern auch seine Einstellung zum Nationalsozialismus. Denn als Zeitzeuge der Reichspogromnacht am 9. bzw. 10. November 1938 war Arnold Strunz der Umgang der

[12] Wiedergutmachungen, S. 7
[13] A.a.O.
[14] A.a.O.
[15] „Die Glocke“ vom 26. Juni 1939, Peter und Paul
[16] Renk, Gehre, S. 49

Nationalsozialisten mit ihren ideologischen Gegnern durchaus bekannt. Umso beeindruckender ist es also, dass Arnold Strunz sich, obwohl er die möglichen Konsequenzen (Schutzhaft, Konzentrationslager, etc.) kennen musste, aus freien Stücken dazu entschied, offen Protest gegen die nationalsozialistische anti-kirchliche Politik zu äußern. Persönlich hatte Arnold Strunz wahrscheinlich ohnehin nicht mehr viel zu verlieren: Der Tod seiner Frau und der seines Sohnes[17] könnten unter anderem dazu beigetragen haben, sich für diese riskante Aktion zu entscheiden, bei der er auch mit dem Tod hätte davon kommen können[18].

Wegen einer Anzeige durch den Oelder Bürger Gerhard Krampe[19] wurde Arnold Strunz noch am Abend desselben Tages durch die Gestapo verhaftet und im Münsteraner Polizeigefängnis in Schutzhaft[20] genommen. Laut Anklage hatte er sich wegen „Bedrohung von Angehörigen der NSDAP“ und „kommunistischer Umtriebe“ strafbar gemacht.[21] In dem Polizeigefängnis verbachte er seine Haft in einer Kellerzelle und bekam nach eigenen Angaben „Täglich 1 Runde Bewegung im Kellerflur“[22].

Die lokal wichtige Tageszeitung „Die Glocke“, die zu diesem Zeitpunkt mit ziemlicher Sicherheit der „NSDAP“ unterlag, berichtete nicht über den Vorfall, vermutlich um eventuellen kleineren Unruhen innerhalb der Stadtbevölkerung aus dem Weg zu gehen, da Arnold Strunz durch seine früheren gewerkschaftlichen Tätigkeiten in der Stadt nicht unbekannt war.

Nach drei Monaten Haft wurde Arnold Strunz am 28. September 1939 im Rahmen einer Amnestie entlassen. [23]

---

[17] Seine Frau und sein Sohn starben 1934 bzw. 1937 an Tuberkulose.
[18] Aus familiären Überlieferungen geht hervor, das Arnold Strunz‘ Bruder Konrad Strunz, ausgehend davon, dass Arnold Strunz nicht mehr lebend zurückkehren werden würde, sich den Besitz von Arnold Strunz zu eigen machen wollte.
[19] Wiedergutmachungen, S. 2
[20] A.a.O., Nach der „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28.02.1933 war es nun erlaubt einen in Schutzhaft genommenen Gefangenen ohne juristischen Beistand, Vorführung vor einen Richter, Einsicht in Akten und ohne Berufung und Entschädigung zu inhaftieren, Hofer, S. 44
[21] Aldejohann, Matthias/Gerste, Jörg, S. 35. Diese Quelle enthält schlecht recherchierte Daten, so gaben Aldejohann/Gerste an, dass Arnold Strunz‘ Gegenwehr im Jahre 1933 stattgefunden haben soll, was einen gravierenden Unterschied zum verifizierten Datum seiner tatsächlichen Gegenwehr am 28.08.1939 darstellt. Die Aussage zur Anklage lässt sich nicht verifizieren.
[22] Wiedergutmachungen, S. 2
[23] Wiedergutmachungen, S. 5

Ausblick

Wiedergutmachungsprozesse

Personen, die unter dem faschistischen Regime zu Schaden gekommen waren, d.h. auf Grund ihrer politischen bzw. religiösen Ideologie, wegen ihrer Ethnie oder anderen Umständen verfolgt wurden, haben im Rahmen der Wiedergutmachungen durch die Bundesrepublik Deutschland Entschädigungen, zumeist in wirtschaftlicher Form, erhalten.

Auch Arnold Strunz stellte am 25. Mai 1946 einen Antrag auf Wiedergutmachung[24], nicht nur wegen seiner Inhaftierung im Jahre 1939, sondern auch wegen des vermeintlichen wirtschaftlichen Schadens, den er durch seine Entlassung im Arbeitsamt Ahlen 1933 im Rahmen des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“[25] erlitten hat. Allerdings erkennt der „Sonderhilfs-Ausschuß für den Kreis Beckum“ seinen Antrag nicht an, „da eine Haftdauer von lediglich 3 Monaten vorliegt“ und somit „der behauptete erhebliche wirtschaftliche Schaden nicht als Folge der Verfolgung aus pol. oder religiösen Gründen […] angesehen werden kann“.[26, 27]

Zusätzlich erhielt Arnold Strunz am 25. Juni 1948 ein Schreiben von der Wiedergutmachungs- und Betreuungsstelle des Kreises Beckum mit dem Betreff „Verwaltungsinspektorlehrgang fuer politisch Verfolgte“.[28] In diesem wird ihm ein Lehrgang angeboten, bei dem er sich fortbilden hätte können, um einen Posten in einer Behörde anzunehmen. Außerdem bestünde, nach Besuch des Lehrgangs, auch die Möglichkeit, als Beamter in den gehobenen Dienst übernommen zu werden.[29] Im Verlauf des Briefwechsels stellt sich allerdings heraus, dass dieser Lehrgang sich nur an „solche Verfolgte, die in der Landesre-

---

[24] Wiedergutmachungen, S. 2
[25] Wiedergutmachungen, S. 3, Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ diente Adolf Hitler zur Entlassung zahlreicher Juden, „Nichtariern“ und später auch zur Entlassung von Arbeitern und Angestellten aus dem Beamtenwesen, https://www.hu-berlin.de/de/ueberblick/geschichte/juedische-studierende/glossar/berufsbeamtengesetz
[26] Wiedergutmachungen, S. 9
[27] Den Fortverlauf des Prozesses im Rahmen der Berufung durch Arnold Strunz werde ich nicht weiter bearbeiten, da sich dieser bis in das Jahr 1970 erstreckt und somit das Format meiner Arbeit übersteigt.
[28] Wiedergutmachungen, S. 18
[29] A.a.O.

gierung oder einer Bezirksregierung beschäftigt sind“, richtet.[30] Somit war Arnold Strunz nicht von dieser Regelung betroffen und nur fälschlicher Weise angeschrieben worden.

Nach eigenen Angaben war Arnold Strunz allerdings bereits wieder beruflich in der Verwaltung tätig, denn im Dezember 1946 sei er durch den „Herrn Arbeitsminister“ zum „Regierungsinspektor auf Lebenszeit“ ernannt worden, und arbeitete wieder in einem Arbeitsamt.[31]

Fazit

Zum Schluss werde ich meine zuvor erarbeiteten Ergebnisse der Aufarbeitung der Gegenwehr des Arnold Strunz‘ auf meine am Anfang gestellte Frage, inwiefern sich einzelne Personen aus der Zivilbevölkerung gegen das faschistische Regime wehren konnten, beziehen und zu einem Fazit kommen.

Das Vorurteil, dass es wegen der harten Konsequenzen unmöglich war sich dem Nationalsozialismus zu widersetzen, ist grundsätzlich falsch: Diese Aussage schützt nicht nur Personen, die im Nationalsozialismus unter der faschistischen Diktatur Hitlers nicht gehandelt haben, sondern es lässt auch die Taten jener vergessen, die sich trotz des hohen persönlichen Risikos dazu entschlossen, Gegenwehr zu üben.

Dabei stellen die harten drohenden Konsequenzen, die zum Beispiel die Geschwister Scholl in Form der Todesstrafe erfahren haben[32], nur die politische Entschlossenheit der einzelnen Personen heraus. Auch bei Arnold Strunz oder anderen lokalen Gegnern des Nazi-Regimes[33] kann man sehen, dass er für eine vergleichsweise eher weniger weitreichende Aktion, welche nicht einmal eine direkte generelle Kritik des Nationalsozialismus, wie bei den Geschwistern Scholl, darstellte, sondern sich lediglich gegen einen speziellen Punkt der anti-kirchlichen nationalsozialistischen Politik wendete, trotzdem eine Strafe ohne Prozess erhielt.

---

[30] Wiedergutmachungen, S. 17
[31] Wiedergutmachungen, S. 19
[32] http://www.br.de/radio/bayern2/wissen/radiowissen/geschichte/geschwister-scholl-106.html
[33] In Oelde wurden noch der Sozialdemokrat Mellage und H. Jürgenliemke verhaftet bzw. in ein Konzentrationslager eingewiesen, vermutlich wegen politischen Aktivitäten, Gerste, S. 239

Man kann davon ausgehen, dass Arnold Strunz‘ Toleranzschwelle genau bei der Abschaffung des Feiertags Peter und Paul in Oelde überschritten wurde und er somit dies als persönlichen Anlass sah, zu handeln, da er sich in seinen religiösen Freiheiten verletzt sah[34]. Diese Überschreitung der Toleranzschwelle oder Verletzung einer persönlichen Moralvorstellung durch neue nationalsozialistische Gesetze und Erlasse, sind vermutlich Auslöser, die dazu führten dass Personen sich dem Regime widersetzten. Die Entscheidung eine riskante Aktion durchzuführen fiel vermutlich Personen, wie etwa Arnold Strunz, leichter, wenn sie nichts mehr zu verlieren hatten, weil z.B. ihre Familie verstorben oder durch die Nationalsozialisten bereits umgebracht worden war.

Die Erfolgsaussichten jeder einzelnen Gegenwehr hingegen waren sehr gering, was nicht nur daran lag, dass den Widerständlern der ganze Staatsapparat gegenüberstand, sondern auch daran, dass die Gefahr ziemlich groß war, verraten zu werden und dass der mangelnde Handlungswille in der Bevölkerung, bedingt durch den steigenden Rückhalt der Nazis in den gegebenen Städten, den Widerständlern nicht genügend Rückhalt gab.

Je etablierter das faschistische Regime wurde, desto schwieriger gestaltete sich auch die Gegenwehr. Bereits nach der Machtübernahme Adolf Hitlers im Frühjahr 1933 wurden seine sämtlichen politischen Gegner aus dem Weg geräumt, was wiederum nur möglich war, weil die bürgerlichen Parteien und Organisationen wie das Zentrum und die christlichen Kirchen (vor allem die katholische) durch das Ausbleiben einer generellen Faschismus-Kritik die Diktatur passiv unterstützten. Eine Kritik oder Verurteilung des Faschismus durch die Kirche, womöglich sogar durch den Papst selbst, hätte einen großen Teil der bürgerlichen Bevölkerung wachrütteln können und somit die Chancen auf Gegenwehr durch Zivilisten wahrscheinlich deutlich erhöht.

[34] Siehe Kapitel „Gegenwehr“

Literaturverzeichnis/Quellenverzeichnis

Aldejohann, Matthias/Gerste, Jörg, Die Entwicklung des Alltags im Nationalsozialismus aufgewiesen am Beispiel der Gemeinde Oelde. Arbeit im Rahmen des Schülerwettbewerbs Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten 1981. Fundort: Körber-Stiftung

Gehre, Dr. Ulrich/Renk, Heinz, Oelde wie es wurde was es ist, Oelde 1968 (Hg. v. Spar- und Darlehenskasse Oelde eGmbH)

Gerste, Jörg, Oelde 1933-1945, in: Oelde die Stadt, in der wir leben, Oelde 1987 (Hg. v. Siegfried Schmieder), S. 229-288

Die Glocke, Hg. v. Joseph Holterdorf, Oelde, 26. Juni 1939

Hofer, Walther, Der Nationalsozialismus, Dokumente 1933-1945, Frankfurt am Main, 1957

Regierung Münster – Wiedergutmachungen, Nr. 2556, Landesarchiv Münster

Internetquellen

http://www.politische-bildung-brandenburg.de/node/9148, 25.02.2017

https://www.hu-berlin.de/de/ueberblick/geschichte/juedische-studierende/glossar/berufsbeamtengesetz, 11.03.2017

http://www.br.de/radio/bayern2/wissen/radiowissen/geschichte/geschwister-scholl-106.html, 11.03.2017

Versicherung

Ich versichere, dass ich die Arbeit selbstständig verfasst, keine anderen Quellen oder Hilfsmittel als die angegebenen benutzt und die Stellen der Arbeit, die anderen Werken dem Wortlaut oder Sinn nach entnommen sind, in jedem einzelnen Fall unter Angabe der Quelle als Entlehnung kenntlich gemacht habe. Das Gleiche gilt auch für beigegebene Zeichnungen, Kartenskizzen und Darstellungen.

Nach einem Runderlaß des Reichsministerium des Inneren RMdI vom 15.Dezember 1935 wurden alle Haushalte aufgefordert, neben besonderen Feiertagen, auch zu den Olympischen Spielen in Berlin vom 1. bis zum 18.August 1936 zu flaggen, eine Sitte, die gerade unter den Nationalsozialisten eine herausragende Bedeutung gewann.1)

2.5. Einfluß des Nationalsozialismus auf die Oelder Polizei

Wie die gesamte Beamtenschaft wurde auch die Polizei von den Nationalsozialisten durchstzt, derart daß sie eingestzt wurde, um die Interessen der NSDAP zu vertreten.
So wurden z.B. in Oelde im August 1933 zwei Personen aus politischen Gründen in Schutzhaft genommen, jedoch im Verlauf des Monats wieder entlassen.
Im November desselben Jahres nahm die Polizei den Oelder Bürger Arnold Strunt, Mitarbeiter der Firma "Westfalia" und ehemaliges Mitglied der bis zum Mai existierende Christlichen Gewerkschaft, fest mit der Begründung der "Bedrohung von Angehörigen der NSDAP" und"kommunistischer Umtriebe".
Arnold Strunt hatte sich jedoch vielmehr durch eine Unterschriftensammlung für die Erhaltung des Feiertages "Peter und Paul" eingesetzt.
Dafür mußte er eine Freiheitsstrafe von einem halben Jahr im Staatsgefängnis in Münster verbüßen. 1)
Rein äußerlich machte sich der Einfluß der NSDAP auf die Polizei durch die Änderung der Polizeiflagge deutlich.
Sie erhielt zusatzlich zu dem Polizeistern den mit dem Hakenkreuz ausgestatteten Reichsadler, was das direkte Einwirken der NSDAP auf die Polizei unterstreicht:

Lebenslauf des Arnold Strunz (Für den behandelten Zeitraum)

Name:	Arnold Franz Strunz
Geboren:	4. November 1897
Geburtsort:	Kaunitz
Wohnort 1939:	Oelde, Simeriss 5
Religion:	römisch-katholisch
Familie:	Erste Frau gestorben 1937
	Erster Sohn gestorben 1934
	2. Heirat am 8. Mai 1948
Arbeit:	Angestellter im Arbeitsamt Ahlen bis 30. Juni 1933, dann arbeitslos
	Vom 4. August 1935-28. Juni1939 Schlosser in der Westfalia Separator AG in Oelde
	Nach seiner Entlassung aus dem Polizeigefängnis Münster Pflichtarbeit bei der Fa. Franz-Bollmann-Maschinenfabrik in Beckum (12. Januar 1940-31. März 1945), vorher noch vom 12. November 1939-5. Januar 1940 bei Venti Oelde als Schlosser tätig
	Ab 26. August 1945 Regierungsinspektor im Arbeitsamt Ahlen, ab 4. Dezember 1946 im Arbeitsamt Rheine
Gefangennahme:	28.06.1939 durch die Gestapo wegen einer Unterschriftensammlung in der Firma Westaflia Separator AG zum Erhalt des Feiertags Peter und Paul
Gefängnisstrafe:	28.06.1939-28.09.1939, im Rahmen der Amnestie zu Kriegsbeginn freigelassen